



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

FACTSHEET:

Die BDP steht ohne Wenn und Aber hinter der Energiewende

Die BDP hat als erste bürgerliche Partei den [geordneten Ausstieg](#) aus der Atomenergie gefordert. Die ökologische Verantwortung ist nicht nur eine Pflicht gegenüber künftigen Generationen, sondern bietet auch grosse wirtschaftliche Chancen mit überdurchschnittlichem Innovationspotenzial. Die BDP engagiert sich deshalb aktiv für einen geordneten Atomausstieg sowie für die konsequente Förderung erneuerbarer Ressourcen und technologischer Innovationen. Unter einem geordneten Atomausstieg versteht die BDP insbesondere die Gewährung der Versorgungssicherheit sowie den Schutz bereits getätigter Investitionen.

- **Die BDP sagt JA zur Energiestrategie 2050 und setzt massgebende Zeichen**

Die BDP steht hinter der Energiestrategie 2050. Sie fordert die Energieeffizienz aber nicht nur im Strombereich, sondern auch bei allen anderen Energieträgern. Die Sicherstellung der künftigen Energieversorgung der Schweiz erfordert einen gesamtheitlichen Ansatz, der alle Energieträger gleichermaßen miteinbeziehen muss. In diesem Sinne setzt sich die BDP für eine Förderung im Bereich der Speicherung ein und unterstützt die geplanten Pumpspeicherwerke. Generell fordert die BDP eine Beschleunigung der Bewilligungsverfahren. Die vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts sind zwar zu begrüßen, jedoch reichen diese nicht aus, um die Modernisierung der Netzinfrastruktur schnell genug realisieren zu können. Bei der [Energiestrategie-Debatte](#) im Nationalrat in der Wintersession 2014 konnte die BDP massgebende Signale setzen. Nach den [ständerrätlichen Beratungen in der Herbstsession 2015](#) ist der Verzicht auf neue AKW zur Zufriedenheit der BDP unbestritten. Sehr wichtig ist aus Sicht der BDP ebenfalls die Befristung der KEV durch die Sunsetklausel sowie die Förderung von Grosswasserkraftwerken. Hingegen wollte der Ständerat leider weder ein Langzeitbetriebskonzept für AKW noch ein Bonus-Malus-System als Anreiz zum Stromsparen für Elektrizitätswerke. Letzteres hätte einen grossen Beitrag zur erfolgreichen praktischen Umsetzung der Energiewende geleistet. Die BDP wird sich dafür weiterhin einsetzen. Immerhin ist es auch im Ständerat gelungen, die [Bedeutung der erneuerbaren Energien](#) in der Abwägung gegenüber den nationalen Interessen des Landschaftsschutzes grundsätzlich auf die gleiche Ebene zu stellen. Dadurch wird es erst möglich sein, die geplanten Projekte umsetzen zu können.

- **Die BDP sagt JA zur Förderung der Grosswasserkraft**

Die ursprünglich geplanten Massnahmen zur Förderung der Wasserkraft im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050 gehen in die richtige Richtung. Deren Wirkung hat die BDP aber von Anfang an als ungenügend für die Erreichung des Ausbauziels erachtet. Sofern jenes erreicht werden soll, müssen weitergehende Massnahmen (Beschleunigung der Bewilligungsverfahren durch Einschränkung der Einsprache- und Beschwerderechte, erschwerner Zugang zum Bundesgericht etc.) umgesetzt werden. Die BDP hat deshalb zur Förderung der Wasserkraft mehrere [Vorstösse](#) eingebracht - mit Erfolg. Der Ständerat will bestehende Wasserkraftwerke ebenfalls unterstützen und den Bau neuer Werke fördern. In der Wintersession 2014 ist es der BDP im Nationalrat gelungen, die Bauwerke für die Grosswasserkraft und andere erneuerbare Energien zum nationalen Interesse zu erklären und auf gleiche Stufe wie den Landschaftsschutz zu stellen. So können Projekte für den Ersatz des Atomstroms zügig realisiert werden.

- **Die BDP sagt JA zur Energielenkungsabgabe**

Für die BDP ist der Weg vom Fördersystem hin zum Lenkungssystem richtig und dringend. Sie hat sich bereits im [Herbst 2012](#) für ein entsprechendes Energielenkungssystem ausgesprochen, da



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Lenkungsmechanismen im Gegensatz zu Subventionen liberal und marktwirtschaftlich sind. Nur mit einem entsprechenden Energielenkungssystem, lassen sich die Ziele der Energiestrategie 2050 langfristig und wirtschaftlich erreichen, im besten Fall resultieren sogar positive volkswirtschaftliche Auswirkungen. Für die BDP ist es wichtig, dass das Energielenkungssystem haushaltsneutral, möglichst fiskalquotenneutral und ab 2020 schrittweise umgesetzt wird. Für energieintensive Betriebe sind Abfederungsmassnahmen vorzusehen. Ebenso ist den Randregionen Rechnung zu tragen. Aus diesem Grund hat die BDP auch den Kampagnenlead gegen die [Energie-statt Mehrwertsteuerinitiative](#) übernommen. Die BDP will ein effizientes Energielenkungssystem und nicht eine sinnlose, teure und unfaire Energiesteuer, welche die KMU, die Randregionen und den Mittelstand belastet und welche die Steuern noch weiter erhöht, sobald die Lenkungswirkung eintritt.